

Wahlaussage
zur Landtagswahl 1967
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Niedersachsen

„Das will die FDP“

(Beschlossen auf dem Landesparteitag
in Oldenburg am 18./19. Februar 1967)

Hannover

Das will die FDP

Aussage zur Landtagswahl am 4. Juni 1967

Die Freie Demokratische Partei hat eine stolze Tradition: Der Liberalismus hat den nationalen Rechtsstaat geschaffen und jene Kräfte in unserem Volk entwickelt und gefördert, die in Wirtschaft und Wissenschaft, in Kultur und Gesellschaft den Fortschritt des modernen Lebens bedeuten.

Die Freie Demokratische Partei ist aus ihrer geistigen und politischen Grundhaltung heraus der Anwalt des einzelnen Mitbürgers gegen jeden Mißbrauch der politischen Macht und der heute in erschreckendem Maße zunehmenden Gleichschaltung des politischen Lebens durch die Schwarz-Rote Koalition.

Nach Auffassung der Freien Demokratischen Partei haben Landtag und Regierung in den nächsten vier Jahren sich insbesondere folgenden Aufgaben zu stellen:

Bildungspolitik hat Vorrang

Die Kultur- und Bildungspolitik verdient angesichts ihrer Bedeutung, auch für die zukünftige wirtschaftliche und soziale Entwicklung, den Vorrang vor allen anderen Aufgaben des Landes. Daher sind die für eine zeitgemäße Entwicklung aller Bildungseinrichtungen erforderlichen Mittel bereitzustellen. Das bedeutet, daß der Ausbau der Hochschulen in Niedersachsen dem Stand anderer Bundesländer angeglichen und der Ausbau leistungsfähiger Gymnasien, Real-, Haupt-, Sonderschulen und berufsbildender Schulen, vor allem auf dem Lande verstärkt werden muß.

Eingangsstufen an Realschulen und Gymnasien und Förderstufen an Hauptschulen müssen entsprechend ihrer besonderen pädagogischen Bedeutung fortentwickelt werden, um jedem Schüler eine seiner Veranlagung gemäße Schulbildung zu gewährleisten.

Das Studium aller Lehrer ist so anzulegen, daß eine ausreichende pädagogische Ausbildung garantiert und durch das Fachstudium die Qualifikation für die einzelnen Schularten erworben wird. Jeder Lehrer muß die Möglichkeit haben, durch ein weiteres Fachstudium die Lehrbefähigung auch für eine andere Schulart zu erwerben.

Da rechtliche Auswirkungen des unkündbaren Konkordats, die der Errichtung leistungsfähiger Hauptschulen entgegenstehen, nicht beseitigt werden können, ist zu versuchen, diese Auswirkungen zu mildern. – Auch für Oldenburg muß die Errichtung von Gemeinschaftsschulen – Schulen für Schüler aller Bekenntnisse – wie in den anderen Landesteilen gesetzlich ermöglicht werden. In Niedersachsen sind auf gesetzlicher Grundlage demokratisch gewählte Elternschaftsvertretungen zu schaffen, die eine verantwortliche Mitarbeit auf der Schul- und Orts-, Kreis-, Bezirks- und Landesebene gewährleisten.

Die Einrichtungen der Erwachsenenbildung und des zweiten Bildungsweges sind gesetzlich zu regeln und auszubauen.

Wenn einer vorbeugenden positiven Gesellschafts- und Gesundheitspolitik der Vorrang gegeben werden soll, dürfen die Einsparungsmaßnahmen des Landes nicht wie in den beiden letzten Jahren einseitig zu Lasten der Aufgaben im Jugend- und Sportbereich gehen.

Gesunde Wirtschaft – leistungsfähiger Staat

Die FDP bekennt sich zur freien Marktwirtschaft.

Die Wirtschaftsstruktur Niedersachsens muß weiter verbessert werden.

Um entscheidungsfreudige und verantwortungsbewußte Bürger in ihrer selbständigen Existenz zu stützen, sind gerade auch die mittelständischen Betriebe zu fördern.

Parlament und Regierung müssen sich für eine verstärkte Förderung der Zonenrandgebiete und Erweiterung der Bundesausbauggebiete einsetzen.

Die FDP lehnt Steuererhöhungen ab, die zur höheren Belastung der Wirtschaft und damit zum Verlust von Arbeitsplätzen führen.

Eine entscheidende Voraussetzung für die gesunde Wirtschaftsstruktur ist die Verbesserung des Verkehrswesens. Deshalb fordert die FDP die Bildung von Schwerpunkten beim Ausbau von Verkehrswegen, insbesondere auch den Ausbau der Verkehrsverbindungen im Einzugsbereich der Ballungsgebiete.

Den Gemeinden muß bei der Lösung ihrer innerörtlichen und überörtlichen Verkehrsprobleme durch gerechte Verteilung der dem Lande zufließenden Mittel aus der Mineralölsteuer geholfen werden.

Die wirtschaftliche Erschließung des Küstenraumes verlangt den Ausbau unserer Wasserwege und Häfen für sich ständig vergrößernde Schiffe.

Die Benachteiligung unserer Landwirtschaft gegenüber anderen Ländern der Bundesrepublik auszugleichen ist eine vordringliche Aufgabe.

Bäuerliche Familienwirtschaft und kostengerechte Agrarpreise bleiben das Ziel aller agrarpolitischen Maßnahmen der FDP.

Die notwendigen landwirtschaftlichen Förderungsmaßnahmen sind ohne entsprechende Schwerpunktbildung im Landeshaushalt undurchführbar. Deshalb gebührt der Förderung des Küstenplanes, des Aller-Leine-Oker-Planes und weiterer Binnenwasserpläne eindeutig der Vorrang gegenüber der Gewinnung und Erschließung von Neuland.

Gerechtigkeit für freie Bürger

In der modernen Industriegesellschaft gewinnen die unselbständig Tätigen immer größere Bedeutung. Deshalb ist die Förderung der unselbständigen Mittelschichten ein besonderes Anliegen der FDP.

Den qualifizierten Arbeitern muß die Übernahme in das Angestelltenverhältnis ermöglicht werden. – Die Leistungsbereitschaft ist durch Lohnsteuerbefreiung bei Überstunden zu steigern.

Nur durch bundeseinheitliche Regelung des Beamten-, Besoldungs- und Versorgungsrechts ist die Voraussetzung für eine gerechte Behandlung unserer Beamten gegeben. – Hierzu gehört auch die Lösung des Problems der Halbtagsbeamtinnen einschließlich ihrer Versorgung.

Die Eingliederung der Körperbehinderten in den Arbeitsprozeß – das gilt sowohl für angeborene wie erworbene Schädigungen – ist die vornehmste Aufgabe eines sozialen Rechtsstaates.

Deshalb fordert die FDP den Ausbau der Schulungs- und Umschulungsstätten für unsere Kriegs-, Verkehrs- und Arbeitsopfer, sowie für die geistig und körperlich Behinderten.

Die Maßnahmen zur Eingliederung der Heimatvertriebenen, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigten, die fast ein Drittel der Bevölkerung Niedersachsens ausmachen, müssen verstärkt werden, um eine schnelle Abwicklung der berechtigten Ansprüche zu erreichen.

Bessere und billigere Verwaltung

Eine durchgreifende Gebiets- und Verwaltungsreform muß leistungsfähige Verwaltungseinheiten auf allen Stufen schaffen.

Die FDP setzt sich für eine beschleunigte Reform ein, die aber nur dann sinnvoll ist, wenn dadurch die öffentliche Verwaltung besser und billiger wird. Dabei muß die Erhaltung und Stärkung echter bürgerschaftlicher Mitwirkung gewährleistet bleiben.

Die FDP setzt sich für die Stärkung der rechtsprechenden Gewalt ein. Sie hält daher die Zusammenfassung aller Gerichtszweige unter der Aufsicht eines Rechtsprechungsministeriums für erstrebenswert.

Nur der Wähler entscheidet

ob die politischen Vorstellungen der Freien Demokraten durchgeführt werden können,

ob die schwarz-rote Interessengemeinschaft von CDU und SPD in Niedersachsen weiterbestehen soll.

Wer eine freiheitliche Demokratie in unserem Lande will,

wählt:



Verantwortlich:
Freie
Demokratische
Partei
Landesverband
Niedersachsen
Hannover
Siegstraße 1